



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Anfertigungsgebühr für den Raum einer fünfstelligen Zeile in Weichschiff 1 1/2 Sgr.

Erscheinung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 88. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 21. Februar 1868.

Deutschland.

Berlin, 20. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat die Kreisrichter Menzel in Gubrau, Eichner in Lauban, Bergmann in Freistadt und Schneider in Grünberg zu Kreisgerichts-Räthen ernannt, und dem Kreisgerichts-Secretär und Kanzlei-Director Greulich in Glogau den Charakter als Kammerleutnant verliehen; den bisherigen Bürgermeister der Stadt Münster, Ober-Bürgermeister Offenberger, der von der dortigen Stadtverordneten-Verammlung getrossenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernere zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Berlin, 20. Februar. [Se. Majestät der König] nahmen die Vorträge des General-Lieutenants von Podbielsky und des General-Adjutanten von Tressow, sowie die Meldung des General-Lieutenants von Beyer entgegen, begab Allerhöchstdurch nach Bethanien, um der Todtenfeier der verewigten Oberin Gräfin Stolberg-Wernigerode beizuwohnen und stattete der Frau Kronprinzessin einen Besuch ab.

Es findet heute ein größeres Diner im königl. Palais statt. [Se. Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und dirigte bei Ihren königlichen Majestäten.

[Die gegen den Stadtgerichtsrath Ewesten verhängte Suspension vom Amte] ist wieder aufgehoben worden, nachdem derselbe statt der Gefängnisstrafe von zwei Jahren, auf welche in erster Instanz erkannt wurde, vom Kammergericht zu einer Geldstrafe von 300 Thln. verurtheilt worden ist. Herr Ewesten hat, um die Angelegenheit durch alle Instanzen zur Entscheidung zu bringen, die Rechtigkeitsbeschwerde eingelegt; das Urtheil des Kammergerichts ist insofern zu seinen Gunsten rechtskräftig geworden, als die Staatsanwaltschaft von der Appellation an das Obertribunal abgesehen hat.

[Die Auswanderung.] Der „St.-Anz.“ meldet: Da der Artikel 4 der Verfassung des norddeutschen Bundes die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern der Beaufsichtigung und Gefolge des Bundes unterstellt, so hat das Bundeskanzler-Amt in Folge der kürzlichen Vorgänge auf Hamburger Auswandererschiffen Schritte gethan, um der Wiederkehr derartiger Uebeltände entgegen zu treten.

[Seitens der Bundeskriegsmarine] ist, wie das „Milit. Wochenbl.“ mittheilt, bei William Armstrong in England ein 93lliges Geschütz nebst Lafette u. zu einem Vergleichsschießen mit anderen Geschützen gleichen Kalibers, aber anderen Systems in Bestellung gegeben.

[Die Homburger Spielbank und die Roth in Ostpreußen.] Der Hauptinteressent der Homburger Spielbank hat es seinen Wünschen und Interessen und um ein der Bank günstiges Abkommen zu erzielen, für angemessen erachtet, 4000 Thlr. für die Ostpreußen zu offeriren und in dem Begleitschreiben gesagt, daß die Summe für einen der unter Protection des Kronprinzen stehenden Vereine zur Verwendung kommen sollten. Der Kronprinz hat es aber nicht passend gefunden, auf das Anerbieten einzugehen, da es durch den Zusammenhang mit jener Forderung einen Charakter erhält, welcher die Zustimmung von Seiten des Protectorats unzulässig macht.

Neustrelitz, 19. Febr. [Die Sloman'sche Angelegenheit.] Die großherzogliche Regierung hat die Vollmachten der mecklenburgischen, für R. M. Sloman in Hamburg arbeitenden Auswanderungs-Agenten bis zur Beendigung der Untersuchung wegen der Vorfälle auf dem „Leibniz“ suspendirt.

Meiningen, 17. Febr. [Der Herzog von Augustenburg,] der sich einige Zeit hier aufgehalten, ist vorgestern wieder abgereist.

München, 20. Febr. [Die Politik der Regierung.] Die „Correspondenz Hoffmann“ schreibt anscheinend officiös: Die bisherige Politik der Regierung, weit entfernt davon, durch das Ergebnis der Zollparlamentwahlen eine Niederlage erlitten zu haben, wird durch dasselbe vielmehr gutgeheißen. Das bisherige Ministerium hat sich niemals weder auf die clericale Partei und die Anhänger einer Restaurationspolitik, noch auf die Fortschrittspartei und diejenigen, welche auf ein Eintreten in den norddeutschen Bund drängen, gestützt. Die Wahlergebnisse liefern den Beweis, daß Baiern der Zerrüttung verfallen wäre, wenn einer der beiden extremen Parteien die Zügel der Regierung in die Hand gegeben würden, und ermutigen die Staatsregierung, bei ihrer bisherigen äußeren und inneren Politik zu beharren, deren Programm in der Erhaltung der Selbstständigkeit Baierns, sowie in der Wahrung der nationalen Ziele und einer besonnenen Durchführung der im Innern nöthigen Reformen besteht.

Stuttgart, 20. Febr. [Der feierliche Schluß der Landtags-Session] ist heute Nachmittag durch den König in Person erfolgt. In der Thronrede warf der König zunächst einen Rückblick auf die Ereignisse des Jahres 1866, und hob dann hervor, daß er entschlossen sei, die eingegangenen Verpflichtungen treu zu erfüllen; er rechne dabei auf die rückhaltlose Unterstützung des Volkes, welches männlichen Sinnes auch die vom Kriege auferlegten Opfer getragen habe. Der König wies alsdann auf die verschiedenen im Laufe der Session zu Stande gekommenen Gesetze hin und schloß seine Rede, indem er dem Landtage seinen Dank aussprach für seine aufopfernde Thätigkeit. In der heutigen gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Landtages wurde der ständische Ausschuß gewählt. In den weiteren Ausschüssen wurden gewählt: Sigel, Troll, Cavallo, Schneider, Hierlinger, König. Für den engeren Ausschuß sind General Bauer, Hofer, Sarway, Bler gewählt worden.

Stuttgart, 20. Febr. [Die Abgeordneten-Kammer] nahm in heutiger Endabstimmung das Finanzgesetz mit 74 gegen 14 Stimmen an. Danach stellt sich der dreijährige Staatsbedarf auf 63 Mill. 700,000 Gulden, welche durch folgende Deckungsmittel ausgeglichen werden: 28 Millionen als Ertrag aus den Domänen, 30 Millionen aus den laufenden Steuern, 3 Millionen Ueberschuß aus der abgelassenen Staatsperiode, und 1,530,000 Gulden, welche durch Steuerzuschlag aufgebracht werden sollen.

Wien, 20. Febr. [Erlaß gegen den Clerus.] Die „Presse“ veröffentlicht einen Erlaß des Ministers des Innern an die Statthalter von Oberösterreich und Steiermark, in welchem dieselben auf die Agitationen der Geistlichkeit gegen die Staatsgrundgesetze aufmerksam gemacht und aufgefordert werden, den Clerus vor dergleichen Untrieben zu warnen und die Bischöfe davon in Kenntniß zu setzen, daß die Regierung, fern davon den Clerus in der Ausübung seines geistlichen Amtes beirren zu wollen, von demselben jedoch fordern, daß er sich nicht den Staatsgesetzen überzuordnen versuche, widrigenfalls mit den Friesensfürstern nach dem Gesetze verfahren werden müßte.

B Von der polnischen Grenze, 17. Febr. [Unterstützung der südslavischen Insurgenten. — Zur orientalischen Frage. — Russische Agenten.]

Die ruthenischen Blätter Galiziens brachten vor einigen Tagen mit sichtlich orientalischer Orientierung die Nachricht, daß der slavisch-patriotische Verein in Moskau in allen größeren Städten des Reichs Zweigvereine zur „Unterstützung der von den Türken bedrängten Christen“ errichtet habe, was selbstverständlich mit der Unterstützung des Aufstandes gegen die Pforte identisch ist. Ein solcher Zweigverein hat nun auch in Zydomir, der Hauptstadt Polyniens, sich gebildet und zum Ehrenpräsidenten desselben ist der dortige Gouverneur General-Lieutenant Bafat gewählt worden. Dieser hat der Vereinskasse ein Geschenk von 300 Silber-Rubel übergeben und in einer Ansprache an die Vereinsmitglieder hervorgehoben, daß jeder gute Russe nach seinen Kräften zur Befreiung der slavischen Brüder vom türkischen Joch beitragen müsse. Wie ich nun von gut unterrichteter Seite vernehme, werden auch unter den mit Rußland sympathisirenden Ruthenen Galiziens Geldsammlungen zu jenem Zwecke veranstaltet, deren Ertragniß dem Vereine in Zydomir übergeben werden soll. Selbst mehreren Mitgliedern des griechisch-katholischen Consistoriums in Lemberg sind in der Angelegenheit gedruckte Einladungsschreiben zugegangen, welche den Poststempel „Przemysl“ trugen, wo der Hauptsitz der ruthenischen Partei. — Ueber die österreichische Politik im Orient lesen wir in der Petersburger „Nowoje Wremja“: Wie uns von ganz vertrauenswürdiger Seite mitgetheilt wird, hat das Wiener Cabinet seiner Zeit dem Fürsten von Montenegro seine Dienste nur unter der Bedingung angetragen, daß er auf jede Allianz mit Serbien Verzicht leiste; — Serbien wieder macht man in Wien Hoffnungen auf Erlangung von Vortheilen, wenn es jeder Gemeinschaft mit Romanen und Griechen-land entsagt. Wir fragen, was hat diese zweideutige Politik zu bedeuten? Wenn Oesterreich wirklich die Integrität der Türkei unterstützen will, so würde es sich nicht in Unterhandlungen mit Staaten einlassen, welche einen unversöhnlichen Haß gegen die türkische Herrschaft hegen und von derselben entschiedene Concessionen verlangen. Will aber das Wiener Cabinet wirklich die Wohlfahrt und die nationale Selbstständigkeit der slavischen Fürstenthümer, welche bei ihren gegenwärtigen Beziehungen zur Pforte unmöglich sind, so begreifen wir nicht, warum Oesterreich sich dem Proteste Englands und Frankreichs gegen die vermeintlichen Rüstungen Serbiens anschließt, wo es doch hinlänglich bekannt ist, daß die Türkei selbst gegen den eventuellen Aufstand ihrer christlichen Unterthanen über Hals und Kopf rüstet. — Solche Ungeheimtheiten fließen direct aus der Wesenheit der Aufgabe, welche die österreichische Politik im Oriente verfolgt. Oesterreich fürchtet nämlich die Stellung, welche Rußland in der orientalischen Frage einnehmen könnte, Oesterreich fürchtet, daß Rußland die stammverwandten slavischen Völker in Schutz nehmen könnte, und deshalb ist es erklärlich, daß es sich mit den Westmächten auch weiter als Beschützer der Türkei einläßt, um keinen Verdacht zu erwecken, während dem es die entstandenen Bedürfnisse unter den slavischen Fürstenthümern zu vernichten beabsichtigt, um sie so an sein Gimmischen in ihre Angelegenheiten zu gewöhnen und seinen Einfluß unter ihnen zu sichern. Aus Allem dem müssen wir schließen, daß das österreichische Cabinet diesen Weg als den besten zur Erreichung seines Zieles, den ein Berliner Blatt „die deutsche Mission Oesterreichs im Oriente“ nennt, eingeschlagen hat. — Nach einer Notiz der Lemberger „Gazeta narodowa“ sollen in Ostgalizien wieder mehrere russische Agenten den Sicherheitsbehörden signalisirt sein. Einer derselben, Namens Siedorowicz, sollte in Trembowla verhaftet werden, aber der Mann entwichte noch rechtzeitig über die russische Grenze.

Schweiz.

Bern, 14. Februar. [Die hannoverschen Flüchtlinge.] Die in auswärtigen Blättern von Hrn. A. v. Tschirsnitz gegen die Schweiz und ihre Behörden erhobenen Anschuldigungen haben den Bundesrath seinerseits zu einer officiellen Entgegnung veranlaßt. Da sie über das Verhalten Preußens in dieser Angelegenheit ebenso wie über das der Schweiz vollständig Aufschluß giebt und in ihr endlich auch der österreichischen Pässe im Besitz der Hannoveraner Erwähnung geschieht, so ist sie von dreifachem Interesse. Sie lautet dem „Bund“ zufolge wörtlich, wie folgt:

„Im „Courrier de Bas Rhin“ und im „Schwäbischen Merkur“ hat Lieutenant A. v. Tschirsnitz die Klage erhoben, daß die schätzigen Hannoveraner in der Schweiz ungerecht behandelt und auf preussische Verlangen aus der Schweiz vertrieben worden seien. Was die erste Behauptung betrifft, so steht sie in selbstsamem Widerspruch mit früheren Veröffentlichungen von derselben Seite. Wahr ist, daß ein müßiges Gerumlungern, wie es von diesen Hannoveranern betrieben wurde, in der Schweiz keine Sympathie findet, allein von besonderer Ungerechtigkeit ist nichts desto weniger nichts bekannt geworden, außer daß das Publikum sich selbstverständlich von diesen Leuten keine Anzügen gefallen ließ. Die zweite Behauptung des Hrn. A. v. Tschirsnitz ist aber um so auffällender, als Jedermann weiß, daß diese Leute zur größten Verwunderung des Bundesraths plötzlich aus der Schweiz weggegangen, nachdem sie wenige Tage vorher mit österreichischen Pässen ihre Stellung regulirt hatten. Es mag indeß zur weiteren Illustration dieser Behauptung am Plage sein, noch zu erinnern, daß der Bundesrath ausdrücklich die Ertheilung des Asyls an diese Leute ganz den Cantonen überlassen hatte. Daß der Bundesrath auf die Cantone auch keinerlei indirecten Druck ausübte, wissen alle Cantonsregierungen am besten. Der Bundesrath hat sich überhaupt mit Schlußnahmen, diese Leute betreffend, gar nicht, außer bei ihrer ersten Ankunft befaßt, und hat von Seiten der königl. preussischen Regierung auch niemals eine bezügliche Reclamation entgegen zu nehmen gehabt. Es ist augenscheinlich, daß die Chefs und Leiter dieser Hannoveraner dem deutschen Publikum wegen ihres auffälligen Uebertrets nach Frankreich einigen Sand in die Augen zu streuen für nöthig erachteten. Wären sie dies halten wie sie wollen, allein daß sie sich nicht scheuen, die Schweiz und ihre Behörden zu diesem Zwecke wesentlich falsch zu verunglimpfen, ist ein Zug, der diese Leute nicht vortheilhaft charakterisirt.“

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Berlin, 20. Febr., Abends. In der heutigen Sitzung des landwirthschaftlichen Congresses wurde der Antrag des Herrn Witt-Bogdanow angenommen. Derselbe geht dahin, der Congress wolle dem nach § 9 des Statuts zu wählenden Ausschusse alle Vorlagen über das landwirthschaftliche Vereinswesen überreichen, welcher im nächsten Congress bestimmte Anträge zu stellen hat. Die nächste Sitzung ist morgen. Tagesordnung: Vereinswesen.

München, 20. Febr., Abends. Bei der Parlamentsnachwahl wurde Schlor definitiv gewählt.

Florenz, 20. Februar. Die Deputirtenkammer genehmigte ohne Discussion das provisorische Budget für den Monat März, so wie die Forderung der Regierung, betreffend die Mitgift für die Prinzessin Margarethe.

Florenz, 20. Febr. Deputirtenkammer. Das letzte Capitel des Finanz-Budgets, betreffend die Bewilligung der Gelder, welche zur Deckung des durch die Goldabgaben an das Ausland verursachten Ausfalls erforderlich sind, wurde genehmigt. Der Beschluß des Hauses wich insofern von dem Antrage der Commission ab, als die betreffende Summe nicht weiter zahlenmäßig bezeichnet wurde, während die Commission 20 Millionen für den bestimmten Zweck gefordert hatte.

Gutem Vernehmen nach wird General Gobone, nicht Cialdini, das Com-mando über die Truppen übernehmen, welche bestimmt sind gegen die Briganten zu operiren.

Italienische Rente 50, 95. Napoleonsdör 22, 94.

Paris, 20. Febr. „Patrie“ theilt unter Reserve mehrer Meldungen aus Ibraila mit, denen zufolge an der Grenze von Bessarabien und der Moldau Concentrationen russischer Truppen stattfinden sollen. Die „Patrie“ bemerkt hierzu, daß diese Truppenbewegungen, da man ihren Grund nicht kenne, eine anscheinende Bestätigung für die mehrfach aufgetretenen Behauptungen abgeben, daß die Insurrections-Comite's in Bulgarien die dortige Bevölkerung für den Fall eines Aufstandes auf die sichere Unterstützung der russischen Truppen vertritt hätten. Die russische Regierung, fährt die „Patrie“, fort, würde weise handeln, wenn sie Alles vermiede, was derartigen läugerischen Berichten Unterlage geben könnte.

Demselben Blatte zufolge dürfte die Emission der neuen Anleihe schwerlich vor dem 31. März erfolggen, da dieselbe erst nach der Mitte nächsten Monats in den Kammern zur Erledigung kommen könnte.

Paris, 20. Febr., Abends. Der „Standard“ meldet, daß Ehrengericht in der Kerveguenschen Angelegenheit hat seine Arbeit beendet. Das Resultat ist ein durchaus negatives. Die „France“ versichert, Nigra sei beauftragt, der französischen Regierung mitzutheilen, Italien beabsichtige die September-Convention loyal auszuführen und es seien bereits Anstalten getroffen, den Zinsantheil der päpstlichen Schuld Anfangs April zu zahlen.

London, 19. Febr. Nach den Berichten, die der fällige Kap-dampfer in Plymouth abgegeben hat, ist der Krieg mit dem Basutos-Freikaate beendet. Das gelbe Fieber war in der Kapcolonie im Abnehmen begriffen. Ueber Livingstonie sind weitere Nachrichten eingetroffen, welche die Hoffnung verstärken, daß derselbe sich am Leben und in Sicherheit befinde. Die Nachrichten aus England hatten den Wollhandel in der Colonie ungünstig beeinflusst.

London, 20. Februar. Lord Stanley ist von Knowsley hierher zurückgekehrt.

Nach einem Briefe des „Standard“ aus Washington vom 7. d. Mts. hat der Präsident der Vereinigten Staaten dem General McClellan den Gesandtschaftsposten in London angeboten; die Annahme desselben seitens McClellans sei jedoch unwahrscheinlich.

Capstadt, 20. Jan. Fieber herrscht noch immer vor. Die Ernte ist sehr reichlich ausgefallen; auch in den finanziellen Verhältnissen der Colonie ist eine Besserung sichtbar, ebenso wie die Aussichten für den Handel sich günstiger gestalten, als seit Jahren der Fall gewesen ist. Im Transvaal-District sind Goldentdeckungen gemacht worden. (T. B. f. R.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin, 19. Febr. [Erster Congress norddeutscher Land-wirthe. — Dritter Tag.] Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min. und beginnt mit geschäftlichen Mittheilungen, wovon hervorgeht, daß die Commission zur Verabreichung der Statuten sich gestern sofort constituirt und bereits eine lange dauernde Sitzung gehalten habe. Der Präsident theilt die Namen des Vorstandes mit und übergibt der Commission eine Broschüre des Hrn. Sundt v. Haften als Material für die Commissionsberatungen. Sodann legt er die Verammlung davon in Kenntniß, daß 7 landwirthschaftliche Vereine und Institute durch Deputirte vertreten seien, von anderen Vereinen ihm zwar ein Gleiches bekannt sei, die Meldung der Deputirten als solcher aber noch fehle. Auf Freitag Nach-mittag 5 Uhr wird ein gemeinschaftliches Diner beschlossen, das im Hotel de Rome stattfinden und zu welchem auch Gäste Zutritt haben sollen. — Die Zahl der Congressmitglieder ist bis gestern Abend durch Einzeichnung auf 364 gestiegen, wovon auf die Provinz Brandenburg 108, Pommern 57, Schlesien 27, Vosen 24, Ost- und Westpreußen 27, Westfalen 5, Sachsen 23, Rheinprovinz 9, Hannover 3, Schleswig-Holstein 7, Hessen 6, auf Württemberg 2, Baden 2, Oesterreich 1, die anhaltischen Fürstenthümer 3, die Thüringischen 4, Ausland 1, Italien 1, Oldenburg 6, Königreich Sachsen 14, Mecklenburg 25, Braunschweig 2 und Hamburg 1 Vertreter kommen. Vor Eintritt in die Tages-Ordnung macht Hr. Schriftführer Witt der Versammlung die Mittheilung, daß die stenographischen Berichte der Sitzung vom Tage vorher jedesmal am nächsten Tage bis Mittags 12 Uhr auf dem Tische des Präsidiums zur Einsicht der Mitglieder ausliegen. — Präsident: Vor Eintritt in die heutige Tages-Ordnung fahren wir in der Debatte über die Creditfrage und zwar über die beiden Resolutionen 4 und 5 gleichzeitig fort und ertheile ich dem Herrn Correspondenten das Wort. — Hr. Dr. Becker: Nachdem gestern die juristische Seite der Frage über das Creditwesen hier behandelt sei, käme man heute zu der ökonomischen. Eine Eineinziehung der Frage nach den einzelnen Creditinstituten in die gegenwärtige Debatte könne bei der Reichhaltigkeit und bei dem Interesse dieses Materials nur den Hauptpunkt der Debatte verrücken und biete er, sich bei den heutigen Verhandlungen nur darauf zu beschränken, das eigentliche Bedürfnis der Landwirthschaft zu erörtern, ohne auf die Frage über die Art und Beschaffenheit der Creditinstitute schon hier einzugehen; diese letztere vielmehr der Debatte über landwirthschaftliches Genossenschaftswesen vorzubehalten. Wenn dieser Ansicht entsprochen würde, so wäre die Debatte über die vorliegenden Resolutionen bis zur Debatte über das Genossenschaftswesen zu versparen. Bei Resol. 5 wird ferner zu erörtern sein, daß die Landwirthschaft eines Immobiliencredits, daneben aber auch eines Mobilien- und reinen Personalcredits und hierzu Institute der verschiedensten Art bedürfe. Die Form der letzteren möge man aber ebenfalls jetzt nicht in die Debatte ziehen, sondern darüber, sowie über die zur Resolution gestellten und dahin zielenden Amendements erst in der Genossenschaftsfrage behandeln. Der gegenwärtige Stand der vorliegenden Debatte resultire darin, daß erkannt sei, die Landwirthschaft bedürfe neben der Rechtsänderung auch noch anderer Institute, die freilich zum Theil schon vorhanden, doch vor Allem in ihrer weiteren Entwicklung mit allen Kräften zu fördern seien. Jede Schranke für dieselben müsse fallen und der landwirthschaftliche Credit sich organisch gliedern.

Hr. Flügge-Sped ist der Ansicht, daß bei Debatte der Resolution 4 von einer Besprechung der Credit-Institutsformen nicht gut werde abgesehen werden können. Zu erörtern sei mindestens, auf welche Weise den Entwicklungsbeschränkungen der Creditinstitute entgegenzuwirken werden könne. Neben heftig kurz die Beschränkungen, unter welchen die beiden Hauptarten von Creditinstituten, die Hypothekenbanken und die auf Selbsthilfe begründeten Institute zu leiden hätten, hervor. Daß die Hypothekenbanken für den Grundbesitz nur wenig leisteten, läge darin, daß sie die Grundsteuer zur Basis der Schätzung des Pfandobjectes machten, die am allerungeeignetsten zur Abschätzung eines Grundfunds behufs Ermittlung der Beleihungs-

